

Im Namen der Sonne

Für die Solarbranche ist die Novelle des Einspeisegesetzes ein voller Erfolg: Die Garantievergütung wird kaum gekürzt. Zu verdanken haben die Firmen das einer schlagkräftigen Lobby, die sich von den Idealen der Gründerjahre längst verabschiedet hat. von *Nikolai Fichtner* Berlin und *Kathrin Werner*, Hamburg

Zehn Jahre lang hat Hans-Josef Fell die beiden Geheimnisse gehütet, aber jetzt, auf dem Podium, ist der Grünen-Abgeordnete in Erzähllaune. Es gibt schließlich etwas zu feiern, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz EEG, wird zehn Jahre alt. 200 Gäste sind an diesem Donnerstag in den SPD-Fraktionssaal im Bundestag gekommen, viele von ihnen Kämpfer der ersten Stunde. Man ist unter sich und ziemlich stolz auf das Erreichte.

Hans-Josef Fell ist ein Idealist, einer, der für saubere Energien brennt. Er war mittendrin, damals, als das Gesetz geboren wurde. Und er war der heimliche Gründer der Solarlobby, das ist das erste Geheimnis, das er verrät: Es gab damals nur fünf Unternehmen in der Fotovoltaik-Branche, mit Lobbyismus hatten sie nichts am Hut. Fell hat sie heimlich zusammengetrommelt und gesagt: "Schreibt einen Brief an den Wirtschaftsminister." Er erinnert sich: "Für die Unternehmen war das schwer damals."

Das zweite Geheimnis, das Fell an diesem Tag verrät, spielt ein paar Wochen nach dem Brief. Das Gesetz war inzwischen durch den Bundestag, es garantierte den Betreibern 99 Pfennig Erlös pro Kilowattstunde Solarstrom. Aber die Länder mussten noch zustimmen, und Nordrhein-Westfalens damaliger Ministerpräsident [Wolfgang Clement](#) (SPD) galt als Gegner der Öko-Energien. Fell und seine Freunde erfuhren, dass Shell eine Solarzellenfabrik einweihet - mit Clement als Gastredner. "Wir haben dann über Shell einen Kontakt zu Clements Redenschreiber hergestellt", erzählt er. Der hat in die Eröffnungsrede reingeschrieben, dass 99 Pfennig dringend nötig seien, auch für diese Fabrik. "Und Clement hat's gesagt." Hinter das öffentliche Wort konnte der Ministerpräsident danach nicht mehr zurück. Im SPD-Fraktionssaal wird jetzt gelacht, Fell schmunzelt: "Verachtet mir die Redenschreiber nicht."

Es sind Geschichten aus einer Zeit, als David noch gegen Goliath kämpfte. Eine kleine Gruppe Idealisten, die mit List und Schläue für eine saubere Energieversorgung stritt - gegen die Ministerialbürokratie, gegen das mächtige Oligopol der Energiekonzerne. Sie haben sich damals vorgenommen, ihre Interessen wirkungsvoll in der Politik zu vertreten. Und eins stand dabei fest: Sie wollten eine gute Lobby werden. Eine, die sich mit reinem Gewissen für eine schützenswerte Sache einsetzt. Ganz anders als all die Pharmafirmen und Energiekonzerne, denen es doch immer nur um zusätzliche Profite ging.

Mehr zum Thema

[Ökostrom-Branche](#) Solarworld kämpft gegen Preisverfall

(<http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/oekostrom-branche-solarworld-kaempft-gegen-preisverfall/50080305.html>)

[Erneuerbare Energien](#) In der Solarbranche trennt sich die Spreu vom Weizen

(<http://www.ftd.de/unternehmen/handel-dienstleister/erneuerbare-energien-in-der-solarbranche-trennt-sich-die-spreu-vom-weizen/50079073.html>)

[Subventionen für Sonnenenergie](#) Koalition gönnt Solarbranche Schlussverkauf

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:subventionen-fuer-sonnenenergie-koalition-goennt-solarbranche-schlussverkauf/50079317.html>)

[Subventionsabbau](#) Koalition einigt sich auf Solar-Diät

(<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:subventionsabbau-koalition-einigt-sich-auf-solar-diaet/50071978.html>)

[Weniger Förderung](#) Umweltminister schickt Solaraktien auf Talfahrt

(<http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/weniger-foerderung-umweltminister-schickt-solaraktien-auf-talfahrt/50063146.html>)

[Agenda](#) Die Sonnenkrieger

(<http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:agenda-die-sonnenkrieger/50062382.html>)

Mehr zu: [Solarbranche](#), [Umweltpolitik](#)

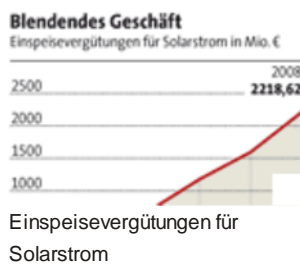


Sonnenkönig der Branche:
Solarworld-Chef Frank H.
Asbeck

Eine Dekade später ist aus der kleinen Gruppe, die sich nicht einmal traute, einen Brief an Werner Müller zu schreiben, eine schlagkräftige Interessenvertretung geworden, die in ihrer Effektivität den etablierten Wirtschaftslobbys in nichts nachsteht - und die in der Zwischenzeit viel von ihren hehren Motiven aufgegeben hat. Sogar Hans-Josef Fell warnt seine Weggefährten, in ihrem Streben nach mehr Einfluss nicht zu weit zu gehen: "Manche Methoden schaden dem Ganzen!"

Wenn man mit Politikern, Unternehmern und Managern über die Exzesse der Solarlobby redet, fällt, meist unter dem Siegel der Verschwiegenheit, der Name Frank Asbeck. Der 60-Jährige ist der Sonnenkönig der Branche, vor zwölf Jahren hat er die Firma **Solarworld** gegründet, heute ist sie in Deutschland Marktführer im Bau von Solarmodulen. 1999 ging das Bonner Unternehmen an die Börse, keine andere Aktie ist seither so stark gestiegen. 2009 knackte Solarworld erstmals die Milliardengrenze beim Umsatz. "Wir sind ein politisches Unternehmen", sagt ein Solarworld-Sprecher. Und Asbeck ist ein politischer Mensch. Er ist zugänglich und jovial im Umgang, er kann emotional reden und anschaulich erklären. Er versteht die Politik, und die Politiker verstehen ihn. So etwas kann helfen. Auch First Solar, Juwi und der Branchenverband BSW sind in Berlin aktiv. Aber keiner prägt die Debatte um die Einspeisevergütung wie Asbeck.

Immer wieder gerät die Garantiezahlung unter Druck. Die Branche selbst tritt für eine Kürzung ein, wenngleich in geringerem Umfang als die Gegner. Aus 99 Pfennig sind je nach Größe der Anlage bis zu 39 Cent geworden. Seit Monaten wird um eine neuerliche Reduzierung gerungen. Am Mittwoch wird die EEG-Novelle im Bundeskabinett verabschiedet, die eine gestaffelte Vergütung zwischen 21 und 33 Cent vorsieht.



Das ist für die Solarlobby durchaus ein Erfolg. Dass Schwarz-Gelb die Branche genauso unterstützt, wie das unter Rot-Grün üblich war, ist nicht selbstverständlich. In der Union gibt es einflussreiche Kritiker der Solarförderung. Und in der FDP war bis vor einem Jahr Parteilinie, dass das EEG abgeschafft werden müsse. Doch in der Koalition waren es ausgerechnet FDP-Politiker, die sich in den Verhandlungen am stärksten für die Solarfirmen eingesetzt haben.

Einspeisegesetz

Regelwerk Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) garantiert den Produzenten von Ökostrom die Abnahme zu einem festen Preis. Gefördert werden Wasserkraft, Windenergie, Biogas und Fotovoltaik. Das EEG trat im Jahr 2000 in Kraft und wurde seitdem mehrmals novelliert.

Umverteilung Die Fotovoltaik ist die teuerste erneuerbare Stromquelle. Wer sich heute eine kleine Anlage aufs Dach baut, erhält pro Kilowattstunde 39 Cent garantiert für die nächsten 20 Jahre. Zum Vergleich: Haushaltsstrom kostet derzeit etwa 20 Cent. Die Mehrkosten zahlen alle Stromkunden über eine Umlage.

Reform Weil die hohe Vergütung 2009 einen teuren Bauboom ausgelöst hat, will die Bundesregierung die Sätze nun kürzen.

Erklärungsversuche machen die Runde in Berlin: Am 12. September 2009, zwei Wochen vor der Bundestagswahl, deuten die Umfragen auf einen Sieg von Schwarz-Gelb hin. An diesem Abend lädt Frank Asbeck zum Fundraising-Dinner in die Solarworld-Zentrale im alten Wasserwerk in Bonn/Bad Godesberg. Ein Sternekoch grillt Wildschweine aus Asbecks eigener Jagd. 280 Gäste sind da, darunter fast die komplette FDP-Führung. "Ein absoluter Rekord, wie übrigens auch die Spendensumme", schwärmt die FDP auf ihrer Homepage, "ein unvergesslicher Abend".

Asbeck und Spenden für die Liberalen? Der Unternehmer hat 1979 den ersten Grünen-Landesverband mitgegründet, er pflegt auch gute Kontakte zur SPD. Aber an diesem Abend sammelt er Spenden für **Guido Westerwelle**. "Solarworld hat nichts an die FDP gespendet", erklärt Asbeck. Das Dinner habe er mit seiner Frau und Freunden organisiert - und die Spenden seien nicht von ihm gekommen, sondern von den Gästen. "Das ist nicht anrühlich", sagt er.

In der Endphase der Koalitionsverhandlungen war es Westerwelle, der die schnelle Kappung der Solarvergütung aus dem Vertragsentwurf strich. So erzählen sie es in der FDP. Einen Zusammenhang zwischen Spendendinner und Solarpolitik weist die Partei von sich. Inhaltliche Gründe seien ausschlaggebend gewesen für die Neuausrichtung in der Frage. Der entsprechende Parteitagebeschluss fiel vor dem Dinner.

Offiziell spendet Solarworld eher an die traditionellen Förderer der erneuerbaren Energien: Die Grünen bekamen 2007 rund 25.000 Euro. Die SPD erhielt 2008 laut Rechenschaftsbericht 45.000 Euro, mehr als von Volkswagen. Davon hat allein der Bonner SPD-Abgeordnete Ulrich Kelber, Westerwelles direkter Wahlkreis-Konkurrent, 25.000 Euro für seinen Wahlkampf bekommen. Kelber hat Einfluss im Bundestag, er war in der Großen Koalition als stellvertretender Fraktionschef für die EEG-Verhandlungen zuständig.

Man kann Kelber glauben, dass er aus Überzeugung für die Energiewende ist und nicht aus finanziellen Motiven. Auf seiner Website listet er sämtliche Spenden und Gespräche mit Lobbyisten auf - freiwillig. "Asbeck ist ein alter Freund von mir", sagt Kelber, "er findet halt, dass ich gute Arbeit mache." Aber eins versteht er nicht: "Wie kann einer gleichzeitig mit mir befreundet sein und mit Westerwelle?" Weil es ihm nutzt? "Vielleicht", sagt Kelber.



Ulrich Kelber (SPD) listet sämtliche Spenden und Gespräche mit Lobbyisten auf seiner Website auf - freiwillig

Ob die Solarunternehmen in Deutschland Gewinne oder Verluste machen, hängt vor allem von der Politik ab. Als "ein typisches Phänomen von Subventionswirtschaft" beschreibt ein Regierungsmitglied die Situation. Allein für die 2009 gebauten Anlagen werden rund 10 Mrd. Euro umverteilt - abbezahlt werden die Kosten von den Stromkunden in den nächsten 20 Jahren. Die Regierung will nun die Förderung kürzen: stark genug, um Überförderung zu vermeiden, aber nicht so stark, dass gesunde Unternehmen in die Pleite getrieben werden. Das ist zumindest der Anspruch.

In der Praxis hat die Politik gar nicht die Kompetenz, das zu bewerten. Es gibt im Umweltministerium einen Mitarbeiter mit einer halben Stelle, der sich mit der Branche beschäftigt. Es gibt keine Studie, die begründet, warum gerade 15 Prozent Kürzung richtig sind, wie in der Novelle vorgesehen. Es gibt nur "Stochern im Nebel", beklagt ein Koalitionspolitiker, und "Pi-mal-Daumen-Politik". Auch das erklärt den Lobbyeinfluss: Die Politik kann entweder der Branche glauben - oder ihren Gegnern.

Darum hatten sich die Solarunternehmen auf ein einheitliches Vorgehen geeinigt, als sie Mitte Januar im Umweltministerium um die künftige Vergütung buhten. Alle sollten die gleichen Kürzungen vorschlagen, erzählt ein Solarmanager, und alle sollten sich gemeinsam dafür einsetzen, dass auch Freiflächenanlagen weiter hoch gefördert werden. Doch dann sei Asbeck in der Sitzung mit dem Staatssekretär einfach ausgeschert und habe nur für Anlagen geworben, die dem Eigenverbrauch dienen, ärgert sich ein Rivale.



Nach Ansicht von Bundesumweltminister Röttgen sollte sich die Union möglichst bald von der Atomkraft verabschieden.

Eine Woche später, am 20. Januar, berichtet Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) der Öffentlichkeit von seinen Kürzungsplänen: 15 Prozent weniger für Strom aus Dachanlagen und Solarparks, 25 Prozent weniger, wenn die Anlage auf einem Acker steht, das ist sein Vorschlag. Der klingt drastisch, aber Röttgen hat noch ein Geschenk eingebaut: Wenn die Betreiber ihren Strom selbst verbrauchen, können sie die Kürzung weitgehend minimieren.

Röttgen erhofft sich davon einen "Mitmachimpuls für die Bürger". Fachpolitiker in der Koalition sprechen von einem "Zuckerl". Einer sagt: "Das ist Asbeck pur." Der Solarworld-Chef hatte einen Tag vorher in einem Interview gesagt, die Idee mit dem Eigenverbrauch werde "im Umweltministerium sehr gut aufgenommen".

Dass Asbeck sich für die Ausnahmeklausel einsetzt, erscheint logisch: Wenn der Eigenverbrauch stärker gefördert wird, profitiere davon vor allem Solarworld, sagt eine Branchenbeobachterin. Das Unternehmen hat sich wie kaum ein anderes auf kleine Anlagen fürs Dach spezialisiert. Asbeck bestreitet, bei seiner Intervention für den Eigenverbrauch eigennützige Motive verfolgt zu haben. "Der Kick bei Solar ist ja, dass der Strom da produziert wird, wo er auch verbraucht wird", sagt er. Er sei auch nicht der Einzige, der entsprechende Lösungen anbietet. "Wir haben gemeinsam als Industrie gesagt, dass der Eigenverbrauch stärker gefördert werden muss."



Ein Mann befestigt Solarzellen auf einem Dach

Als Röttgens Vorschlag publik wird, währt die Enttäuschung bei Asbeck nicht lange. Wenige Stunden später macht er schon wieder Werbung. Er habe da ein neues Produkt entwickelt, erzählt er fröhlich. Ab sofort biete Solarworld einen "Bausatz" aus Batterie und Solarmodul an, mit dem die Kunden 80 bis 100 Prozent des produzierten Stroms selbst verbrauchen und so noch stärker von der Eigenverbrauchsklausel profitieren können.

Unabhängige Experten halten den Eigenverbrauchsbonus für "technologischen Unsinn". Es gebe keinen Grund, mit viel Geld Energieautarkie in Mitteleuropa zu fördern, sagt ein Experte. Schließlich gebe es hier bereits Stromnetze, in die das Geld viel dringender fließen müsse.

Nachdem Röttgen sein Konzept vorgestellt hat, sind die Bundestagsabgeordneten dran. Wer jetzt gut verhandelt, kann die Kürzung erhöhen, verringern oder verschieben, die Schlupflöcher vergrößern oder verkleinern. Lobbyisten und Abgeordnete haben jetzt viel zu tun. Es gibt Protestbriefe, symbolische Firmenschließungen und viele, viele Arbeitsplatzargumente.

Vier Vorkämpfer und ein Sonnenkönig

Frank Asbeck gehörte 1979 zu den Gründern des ersten Grünen-Landesverbands. 1998 gründete er die Firma Solarworld, heute deutscher Marktführer für Solarmodule. Der 50-Jährige, der in Bonn lebt, ist seit Langem mit Ulrich Kelber befreundet - und auch mit Guido Westerwelle, für den er ein Spendendinner ausrichtete.

Ulrich Kelber ist seit zehn Jahren für die SPD im Bundestag. In der großen Koalition war der Bonner als Fraktionsvize Verhandlungsführer bei der Reform des EEG. Der 42-Jährige versteht sich als "gläserner Abgeordneter": Er stellt alle Spenden, Lobbyistengespräche und sogar die Steuererklärung auf seine Website.

Hermann Scheer sitzt seit 1980 für die SPD im Bundestag. 1989 verbündete er sich aus der Opposition heraus mit einigen CSU-Abgeordneten. Ergebnis war das Stromeinspeisegesetz 1990, der Vorläufer des EEG. Der heute 65-Jährige gründete 1988 die Vereinigung Eurosolar, die für die Energiewende eintritt.

Johannes Lackmann gehört zu der Gruppe, die vor zehn Jahren das EEG erkämpft hat. Von 1999 bis 2007 führte er ehrenamtlich den Bundesverband Erneuerbare Energien, den Dachverband der Branche. Nach seinem Rücktritt kritisierte er besonders die Solarbranche, die sich von ihren Idealen entfernt habe.

Hans-Josef Fell ist der Autor des ersten EEG aus dem Jahr 2000. Unter Rot-Grün setzte er es aus dem Bundestag heraus gegen Widerstände in der Ministerialbürokratie durch. Heute ist er energiepolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion. In seinem Privathaus versorgt sich der 58-Jährige bereits zu 100 Prozent erneuerbar.

"Ich war schon überrascht, wie groß die Leidenschaft bei dem Thema ist", sagt der zuständige Unions-Fraktionsvize Christian Ruck, ein Solarstrom-Neuling. Auch Umweltminister Röttgen staunte nach seinem Amtsantritt, wie viele seiner Kollegen sich mit Solarenergie beschäftigen. Statt mit Argumenten sah er sich vor allem mit Interessen konfrontiert. CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich, der in der Endphase der Verhandlungen dabei war, beklagt: "Das Geflecht aus unterschiedlichen Interessen macht es sehr schwer, in diesem Bereich das volkswirtschaftliche Optimum zu finden."

Viele Abgeordnete haben eigene Anlagen zu Hause, quer durch die Fraktionen. Andere sitzen in Aufsichtsräten von Solarfirmen. Viele wurden in ihrem Wahlkampf von Unternehmen aus der Branche unterstützt. "Die spenden an alle ohne Unterschiede", sagt ein Empfänger aus der FDP. Einige Abgeordnete haben Solarunternehmen in ihrem Wahlkreis, vor allem in den neuen Bundesländern.

Zudem ist der Draht der Branche zu den Ministerpräsidenten der Länder eng, nicht nur im Osten, sondern auch in Bayern. "Kaum stehen vier Solarhanseln bei Seehofer auf der Matte, schon will er das Gesetz kippen", beschwerten sich Berliner CSU-Abgeordnete. Besonders effektiv ist bei einer schwarz-gelben Koalition die Zusammenarbeit der Sonnenenergievertreter mit der Handwerkerlobby. Die montieren die Anlagen schließlich - und gehören zur schwarz-gelben Kernklientel.

Es gehört zu den Stärken der Solarlobby, dass sie auf vielen Ebenen gleichzeitig agieren kann. Sie braucht viele Verbündete, während der Vorstandschef eines großen Energieversorgers direkt bei der Kanzlerin anrufen kann. "Die Solarlobby agiert höchst professionell. Dagegen sind die Energiekonzerne Waisenknaben", sagt Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion. Der CDU-Politiker ist einer von wenigen Abgeordneten, die sich offen gegen die Solarlobby stellen. "Was mich besonders ärgert, ist, dass sie moralisch so überlegen tut, auch wenn es ihr nur ums Geld geht." Seine Gegner wiederum werfen ihm zu große Nähe zu den Energiekonzernen vor.

Pfeiffer hat seine eigenen Erfahrungen mit der Solarlobby gemacht. Einmal habe ein Branchenvertreter versucht, seinen wissenschaftlichen Mitarbeiter zu ködern, berichtet Pfeiffer, ein "Korruptionsversuch".

Und da gibt es auch noch diese Episode aus dem Wahlkampf 2005: Pfeiffer tritt im Wahlkreis Waiblingen an, sein direkter Konkurrent ist [Hermann Scheer](#), der in der Szene gern "Solarpapst" genannt wird. Pfeiffer muss seinen Wahlkreis direkt gewinnen, sonst fliegt er aus dem Bundestag. Plötzlich steckt eine Sonderausgabe der "Solarzeitung" in den örtlichen Briefkästen, vier Farbseiten, mit großem Hermann-Scheer-Interview, drei Scheer-Fotos, eins davon mit Arnold Schwarzenegger. Herausgeber: Solarworld. Verantwortlich für den Inhalt: Frank Asbeck.

Scheer sagt, er habe lediglich ein Interview gegeben. Ein Solarworld-Sprecher bestätigt den Vorfall: Man habe die "Solarzeitung" bundesweit in Umlauf gebracht. Aber flächendeckend verteilt wurde sie nur in dem Wahlkreis, in dem es schwerpunktmäßig um Energiepolitik ging. Und das war eben Waiblingen. Pfeiffer glaubt, dass das eine gezielte Wahlkampfaktion gegen ihn war. Am Ende hat er trotzdem gewonnen.

Milliardenumsätze haben die Solarunternehmen von ihren Wurzeln entfremdet. Die schärfste Kritik an der Branche kommt daher nicht von Wirtschaftsverbänden oder Stromkunden. Sie kommt von Leuten, denen es um den Klimaschutz und die Energiewende geht, die eine bessere Solarwirtschaft wollen. Bernd Schüßler ist so einer. Er arbeitet für das Solarmagazin "Photon", nirgendwo gibt es mehr Fotovoltaik-Experten auf einem Haufen als in seiner Redaktion.

Er findet, dass die Gesellschaft für ihr Geld mehr Solarstrom verdient hat und mehr Klimaschutz. "Durch das Lobbying wird Solarstrom in Deutschland künstlich teuer gehalten", sagt Schüßler. "Für die Technologie und für den Klimaschutz ist das eine Katastrophe." Wenn Schüßler sich die EEG-Novelle anschaut, die am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedet wird, dann denkt er an Asbeck und Solarworld: "Das ist der Lobbyerfolg schlechthin."

Die Neuregelung der Einspeisevergütung verfehle völlig das ursprüngliche Ziel, die Kosten für die Stromverbraucher zu senken, sagt ein Solarworld-Wettbewerber. "Freiflächenanlagen bekommen jetzt die größte Kürzung, obwohl sie eigentlich den günstigsten Solarstrom produzieren", sagt der Manager. "Letztlich hat die Politik so eine Entscheidung getroffen, die konträr ist zu den eigentlichen Zielen."

Vor zehn Jahren kämpften Solarunternehmer und Politiker gemeinsam für den Klimaschutz. Jetzt kommen Branche und Politik in langen Verhandlungen zu einem Ergebnis, das vielen hilft, aber nicht in erster Linie dem Klima.

Diese Position vertritt auch Johannes Lackmann. Er gehörte zu den Urhebern des EEG und sitzt bei der Feierstunde im SPD-Fraktionssaal neben Hans-Josef Fell. Acht Jahre lang war er Vorsitzender des Bundesverbands Erneuerbare Energien, Deutschlands oberster Lobbyist für die Energiewende. Er hat das ehrenamtlich gemacht, es ging ihm um die Sache: für den Klimaschutz, für neue Technologien, gegen die Monopole der alten Energiewirtschaft. Viele Klippen, große Gegner. "Das hat schon eine gewisse Kämpfermentalität befördert", erzählt Lackmann. Vor zwei Jahren ist er von seinem Amt zurückgetreten.

Das Wichtigste für ihn, sagt Lackmann, sei seine Glaubwürdigkeit gewesen: "Dazu gehört für mich, der Politik nicht nur zu sagen, wo der Schuh drückt, sondern auch zu sagen, wo die Lage entspannt ist." Bei der Fotovoltaik ging das irgendwann nicht mehr. Die Branche begann, ihre eigene Marktentwicklung systematisch zu unterschätzen - und damit auch die Kosten, die die Förderung für die Stromkunden bedeutet.

Solarindustrie Deutsch-chinesischer Kampf um die Kraft der Sonne



Lackmann fand, dass man die Vergütung ruhig stärker kürzen könne. Er wollte, dass die Branche sich an ihren eigenen Kostenzielen misst. Kostendruck führt ja oft auch zu Innovationen. Nach seinem Rücktritt 2007 sagte er in einem Interview: "Das, was von uns jetzt erwartet wird - sowohl von der Branche als auch von der Politik -, ist reiner Lobbyismus. Und da sage ich: Tut mir leid, das ist nicht mein Job!"

Rückblickend wirkt Lackmann versöhnlicher: "Der Idealismus ist in weiten Teilen verloren gegangen", sagt er. Aber das sei eine natürliche Entwicklung. Die Firmen sind erwachsen geworden, da braucht es keine Idealisten mehr. "Die Solarbranche ist jetzt eine ganz normale Industrie."

Aus der FTD vom 03.03.2010
© 2010 Financial Times Deutschland
